

## **Wir wollen für eine bessere Europapolitik sorgen**

### **Aufruf der überparteilichen Initiative »Restart Europe Now!«**

Europa ist in seiner bislang schwersten, ja in einer existenziellen Krise, die an die faktischen und die moralischen Wurzeln des Zusammenschlusses geht. Die britische Abstimmung über einen Verbleib des Königreichs in der EU, die noch immer nicht gelöste Euro-Krise, die zunehmende Polarisierung gegenüber Russland und die Zuspitzung des Flüchtlingsdramas, in dem die Abschottung zwischen den Staaten zunimmt und Europa zu jener Festung zu werden droht, die es nie werden wollte – all dies unterminiert unsere Wertegemeinschaft und trägt zur Auflösung des europäischen Zusammenhalts bei.

Gleichzeitig steht eine Reihe von Mitgliedsländern in der Union unter dem Druck rechtskonservativer, rechtsextremistischer und europaskeptischer Parteien, die bei einem Wahlerfolg dem britischen Vorbild nachfolgen dürften. Die jüngsten Studien der OECD erkennen, mit Ausnahme der skandinavischen Länder, eine zunehmende soziale Spaltung in den europäischen Mitgliedsländern, die ebenfalls zu einer Stärkung der rechtsextremen Parteien beiträgt.

Die Austeritätspolitik, die auf Druck Deutschlands alternativlos durchgesetzt wird und die demokratische Legitimation der EU schon seit Jahren unterminiert, stärkt zudem Fliehkräfte, die das grenzenlose Europa erst schwächen und dann zerstören können. Darunter leidet auch ganz offensichtlich die Attraktivität der Europäischen Idee bei den jungen Europäerinnen und Europäern, die besonders stark von Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen sind. Um dagegen anzugehen, haben sich Mitglieder verschiedener Parteien, von Gewerkschaften, Kirchen, der organisierten Zivilgesellschaft, ebenso wie aus der Wirtschaft und Wissenschaft zusammengefunden, um öffentlich für die demokratische und soziale Festigung und Weiterentwicklung Europas zu kämpfen.

Die Europäische Union gründet im freien Zusammenschluss der europäischen Staaten und im Respekt vor ihrer Vielfalt. Sie ist eine Antwort auf die Zerstörung Europas im Zweiten Weltkrieg und auf eine deutsche Hybris, die sich das vielfältige Europa untertan machen wollte, nicht zuletzt durch eine Politik und durch Ordnungsvorstellungen, die den Nachbarn aufgezwungen werden sollten. Der Erfolg dieser inneren Einheit Europas wurde in den letzten Jahren gerade auch durch deutsche Politik zunehmend aufs Spiel gesetzt.

Deshalb müssen wir dringend umsteuern. Auf neuen Wegen müssen wir zur Wiederbelebung der einigenden Europäischen Idee durch konkrete wirtschaftliche, soziale, friedenspolitische und kulturelle Initiativen und Strategien gelangen und damit den europäischen Zusammenhalt stärken und weiterentwickeln.

Dazu werden wir von Zeit zu Zeit konkrete Maßnahmen ebenso wie langfristige politische Perspektiven vorschlagen und Kampagnen starten, die die Politik herausfordern und beeinflussen sollen.

Wir sind offen für persönliche und sachliche Vorschläge und für engagierte Mitarbeiter/innen, die dem Ziel folgen, die demokratische Legitimation der Europä-

ischen Union, ihren sozialen Zusammenhalt, den wirtschaftlichen Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger und das Engagement des Kontinents für den globalen Frieden zu unterstützen.

*Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes gehören neben Gesine Schwan und Ralf Stegner (SPD) unter anderem Gerhard Schick und Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Axel Troost und Harald Wolf (DIE LINKE), Rainer Hoffmann (DGB) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall). Weitere Informationen unter: [restart-europe-now.eu](http://restart-europe-now.eu).*

**Kurt Beck**

## **Zwischenruf: Die unsicheren Kantonisten**

### **Konservative auf Kriegsfuß mit der EU?**

Wird der politische Konservatismus zum Risiko für das europäische Einigungswerk? Ist er im Begriff, sich aus einer Triebkraft der Integration, die er in Teilen in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und noch eine beträchtliche Zeit danach war, zum Bremsklotz oder gar zur Gefahr für die Zukunft der Union zu entwickeln? Diese Frage muss gestellt werden, nachdem starke Kräfte im britischen Konservatismus den Austritt ihres Landes aus der Gemeinschaft in die Wege geleitet haben und die Abwendung der konservativen Regierungen in Polen und Ungarn nicht nur vom europäischen Einigungswerk, sondern auch von dessen grundlegenden Ideen einer rechtsstaatlichen und sozialen Demokratie für ganz Europa wahrhaft besorgniserregende Formen angenommen hat. Das Zerfließen der Grenzen zwischen gewichtigen Teilen der demokratischen Rechten und dem Rechtspopulismus in Kernländern Europas wie Frankreich, und sogar in unserem eigenen Land, die CSU demonstriert es immer mal wieder, ist beunruhigend. Es verheißt für die Zukunft der Union nichts Gutes.

Das ist umso alarmierender, als es einst doch unbestreitbar herausragende Repräsentanten des Nachkriegskonservatismus waren, die nach den Katastrophen von Totalitarismus und zwei Weltkriegen maßgeblich an der Grundsteinlegung für das vereinte Europa beteiligt waren. Gewiss, die Wurzeln dieses unabgeschlossenen historischen Projekts, das heute auf unerwartete Weise von rechts gefährdet wird, reichen weit in die Zwischenkriegszeit zurück. Zu ihnen gehören vor allem zwei heute fast vergessene Ereignisse aus dem Jahre 1925: die Gründung der Paneuropa-Union durch Richard Coudenhove-Kalergi mit dem sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten Paul Löbe als Vorsitzendem ihrer deutschen Sektion und das Heidelberger Programm der SPD, in dem erstmals mit beeindruckender Zuversicht die Vereinigten Staaten von Europa auf die politische Tagesordnung einer Partei gesetzt wurden.

Die ersten praktischen Schritte auf diesem, wie damals viele dachten, unvermeidlichen Weg – die Vorbereitung und Gründung von Montanunion und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft – verbinden sich mit den Namen einer Reihe be-